

**Vorlage
für die Sitzung des Senats
am 7. Februar 2012**

Zentrales Finanzcontrolling

Vorläufiger Jahresbericht 2011 der bremischen Haushalte

A. Problem

Im Rahmen der beschlossenen periodischen Berichterstattung sind die Berichte des zentralen Finanzcontrollings in der Regel quartalsweise sowie ab September des Haushaltsjahres monatlich zu erstellen und dem Senat – mit der Bitte um Genehmigung zur Weitergabe an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss – zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen legt im Folgenden den vorläufigen Jahresbericht des zentralen Finanzcontrollings 2011 vor. Die zentralen Aussagen des Berichts sind wie folgt zusammenzufassen:

Nach zwei von der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägten Jahren stand das Jahr 2011 im Zeichen der Konjunkturerholung. Insbesondere aufgrund eines unerwartet schnellen steuerlichen Aufholprozesses nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009/10 erzielten die bremischen Haushalte 2011 mit - 412 Mio. € den historisch deutlichsten Rückgang des Kernhaushaltsdefizits im Vergleich zum Vorjahresabschluss. Insgesamt konnte das Finanzierungsdefizit in den Kernhaushalten des Stadtstaates 2011 auf 804 Mio. € begrenzt werden.

Der Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, der Haushalt Bremerhavens sowie der im Außenverhältnis relevante konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen erfüllte 2011 die Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits. Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2011 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 944 Mio. €. Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um 275 Mio. € gesenkt werden. Der für den vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits notwendige Wert von 1.097 Mio. € wurde um 153 Mio. € übertroffen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus dem vorliegenden Monatbericht des zentralen Finanzcontrollings ergeben sich weder unmittelbare finanzielle noch personalwirtschaftliche Auswirkungen. Die Geschlechterper-

spektive im Sinne des Gender Mainstreaming wird in dem Bericht nicht abgebildet.

E. Beteiligung und Abstimmung

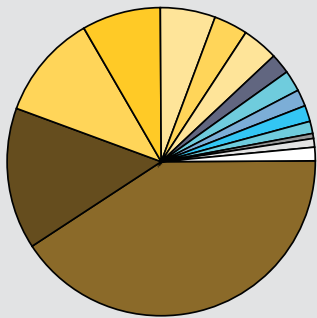
Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

G. Beschlussvorschlag

Der Senat nimmt den vorläufigen Jahresbericht 2011 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.



Zentrales Finanzcontrolling

Vorläufiger Jahresbericht 2011

der bremischen Haushalte

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 - 4072
Fax: (0421) 496 - 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Referat 20,
Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361 - 6052
E-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
erschienen im Januar 2012

Gliederung

1.	Rahmenbedingungen	2
2.	Zusammenfassung	3
	Konsolidierungskurs.....	3
	Kernhaushalt.....	3
3.	Einnahmen (L + G Bremen)	8
	Steuerabhängige Einnahmen	8
	Sonstige Einnahmen	10
4.	Ausgaben (L + G Bremen)	12
	Personalausgaben	12
	Zinsausgaben	13
	Sonstige konsumtive Ausgaben.....	14
	Investitionsausgaben	15
	Primärausgaben.....	17
5.	Salden / Quoten (Stadtstaat)	17
6.	Schulden.....	19
7.	Konsolidierungskurs	19

1. Rahmenbedingungen

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2011 gelten für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen die **Anforderungen des mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurses**, in dessen Rahmen das strukturelle Finanzierungsdefizit des Basisjahres 2010 (1.219 Mio. €) in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vollständig abzubauen ist.

Für ein Controlling der jährlichen Abbauschritte der Neuverschuldung war es daher erforderlich, die bisherige Darstellung des Kernhaushalts des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um neue bzw. veränderte Betrachtungsebenen zu ergänzen. Einerseits wurde der Haushalt der Stadt Bremerhaven sowohl hinsichtlich der kassenmäßigen Ist-Werte als auch hinsichtlich der Planwerte systematisch in die Controlling-Darstellungen einbezogen, um auf dieser Basis den **maßgeblichen Stadtstaatenhaushalt** zu ermitteln. Andererseits wurden folgende, für die Berechnung des **strukturellen Defizits** relevante Faktoren in die Darstellung aufgenommen:

- **Finanzielle Transaktionen**

Hier wird um Haushaltspositionen bereinigt, die im Sinne einer Annäherung an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eher die Liquidität als die Haushaltsstruktur abbilden (z. B. Darlehen).

- **Bremer Kapitaldienstfonds (BKF)**

Der Berichtskreis des Kernhaushalts ist um den Finanzierungssaldo der Sondervermögen mit eigener Kreditaufnahme zu erweitern. Für den Stadtstaat Bremen erfüllt ab 2011 nur noch der BKF die unter den Kriterien des Konsolidierungskurses bestehenden Meldeanforderungen (Abgrenzung des Sektors Staat). Technisch wird der BKF vom Land und der Stadtgemeinde Bremen, von Bremerhaven sowie von den Sondervermögen der einzelnen Gebietskörperschaften dabei als Abfinanzierungsinstrument für außerhaushaltsmäßige Vorfinanzierungen der Vergangenheit genutzt.

- **Bereinigung der steuerabhängigen Einnahmen**

- o Periodengerechte Bereinigung

Diese Bereinigung kann sich einerseits aus dem Zeitpunkt der Steuerschätzung ergeben, falls die Anschlagswerte nicht auf der Mai-Steuerschätzung des jeweiligen Vorjahres beruhen (für 2011 gilt als Ausnahme die November-Steuerschätzung 2010). Andererseits wird bei dieser Position die – insbesondere auf Periodenabgrenzungen beruhende - Differenz zwischen bremischer Steuerschätzung (Kassenergebnis) und den maßgeblichen Regionalisierungsergebnissen (Anspruch) für Bremen bereinigt.

- o Konjunkturbereinigung

Die Konjunkturbereinigung berücksichtigt die zum Zeitpunkt der maßgeblichen Steuerschätzung geschätzte Produktionslücke (Produktionspotential abzüglich BIP), die über Budgetsensitivitäten und die Anteile Bremens an den steuerabhängigen Einnahmen der Länder- und Gemeindegesamtheit auf den Haushalt übertragen wird.

Um sich den Ergebnissen des Jahresabschlusses inklusive Auslaufperiode, die zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vorliegen, im folgenden Bericht so weit wie möglich anzunähern, wurde der Haushaltsabschluss des 12. Monats an drei Positionen um bereits – wenn auch nicht immer in exakter Höhe - feststehende Änderungen ergänzt: Einerseits wurde die jeweils im 13. Monat kassenwirksame Abrechnung der Einfuhr-Umsatzsteuer vorgezogen (Schätzwert: + 13 Mio. €). Andererseits wurden für die Betrachtungsebene des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die Ausgaben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs an Bremerhaven dem aktuellen Berechnungsstand angepasst (- 1 Mio. €). Zudem gab es bei den konsumtiven Einnahmen im 12. Monat eine Buchung von 3,3 Mio. € (Umsatzsteuerrückerstattung), die dem Jahr 2012 zuzurechnen ist und somit im 13. Monat korrigiert wird. Diese Korrektur wurde in diesem Bericht bereits vorgenommen.

2. Zusammenfassung

Konsolidierungskurs

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen sowie Bremerhaven konnten ihre jeweiligen strukturellen Defizite in diesem Jahr deutlich stärker, als zur Einhaltung des Abbaupfades notwendig gewesen wäre, reduzieren.

Der in dem Außenverhältnis relevante konsolidierte Haushalt des **Stadtstaates Bremen erfüllte 2011 somit die mit dem Bund vereinbarten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits**. Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2011 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 944 Mio. €. Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um 275 Mio. € gesenkt werden. Der für den vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits auf 1.097 Mio. € notwendige Konsolidierungsschritt wurde um 153 Mio. € übertroffen

Kernhaushalt

Nach zwei **von der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägten Jahren stand das Jahr 2011 im Zeichen der Konjunkturerholung**. Insbesondere aufgrund eines unerwartet schnellen steuerlichen Aufholprozesses nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009/10 erzielten die bremischen Haushalte 2011 mit - 412 Mio. € den **historisch deutlichsten Rückgang des Kernhaushaltsdefizits**. Insgesamt konnte das Finanzierungsdefizit in den Kernhaushalten des Stadtstaates 2011 auf 804 Mio. € begrenzt werden.

- Gesamteinnahmen

Die Einnahmeseite der bremischen Haushalte entwickelte sich 2011 ausgesprochen positiv. Sowohl zum Vorjahr als auch gegenüber dem Anschlag wies der konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen Mehreinnahmen von 432 Mio. € auf. Insbesondere aufgrund der sich erholenden Wirtschaft realisierte der Stadtstaat Bremen **steuerabhängige Mehreinnahmen von 17 % gegenüber dem Vorjahr**. Damit wurde der ursprüngliche Anschlagswert um 342 Mio. € und sogar die aus der November-Steuerschätzung 2011 abgeleitete Prognose noch um

87 Mio. € überschritten, wobei die Finanzausgleichseinnahmen prozentual stärker als die originären Steuern gestiegen sind. Gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2008 standen dem Stadtstaat Bremen vor Finanzausgleich noch 28 Mio. € Steuereinnahmen weniger zur Verfügung. Bei den Einnahmepositionen sind im Berichtsjahr jedoch **einige Sondereffekte** zu beachten:

- 2011 waren letztmalig Einnahmen aufgrund des Konjunkturprogramms II zu verzeichnen (15 Mio. €), die bereits 2009 in voller Höhe veranschlagt wurden und somit überplanmäßige Einnahmen darstellten. Gegenüber 2010 ergaben sich damit bei diesem Programm Mindereinnahmen von 41 Mio. €
- Ferner wirkten sich die Einnahmen aufgrund des neuen Bildungs- und Teilhabepakets aus, die 2011 erstmals kassenwirksam wurden (+ 16 Mio. €).
- Zudem gab es aufgrund des Hochschulpakts 2020 über 17 Mio. € ungeplante Mehreinnahmen im Vorjahresvergleich, die in voller Höhe an die Hochschulen weitergeleitet wurden.

- **Primärausgaben**

Die Primärausgaben des Stadtstaates Bremen wiesen **unbereinigt ein um 2,1 % höheres Niveau als 2010** auf. (+ 80 Mio. €). Auch der Anschlagswert wurde um 70 Mio. € überschritten. Wie schon auf der Einnahmeseite der Haushalte verzerrten jedoch **erhebliche Sondereffekte** den Vergleich:

- Bei den Investitionen wurden mit 13 Mio. € letztmalig die schon 2009 veranschlagten Ausgaben im Rahmen des Konjunkturprogramms II kassenwirksam. Zum Vorjahr verzeichneten die Haushalte bei diesem auslaufenden Sonderprogramm Minderausgaben von 66 Mio. €
- Die Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (32 Mio. €) fand 2011 erstmalig bei den Bereinigten Ausgaben statt und erhöhte somit als Sondereffekt die Ausgabenwachstumsrate zum Vorjahr.
- Zudem beeinflussten auch Mehrausgaben, die auf Mehreinnahmen beruhen, die Zuwachsraten. Für das Berichtsjahr sind hier insbesondere Mehrausgaben des Landes aufgrund des Hochschulpakts 2020 von 17 Mio. € (s. o.), erhöhte Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven aufgrund der sehr positiven Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen von 12 Mio. € (nur L+G Bremen) und die erstmaligen Ausgaben im Rahmen des neuen Bildungs- und Teilhabepakets (L+G Bremen: 10 Mio. € sowie 4 Mio. € Zuführung an Bremerhaven) zu nennen.
- Darüber hinaus ist zu beachten, dass 2011 erstmals keine Kreditermächtigung für Sondervermögen mehr bestand und somit alle Bedarfe der Sondervermögen über (erhöhte) Zuweisungen aus dem Kernhaushalt abzudecken waren.

Bei Bereinigung um diese Sonder- und Einzeleffekte – und somit auch inklusive der im Vorjahr über Kreditaufnahmen in den Sondervermögen finanzierten

Investitionen (87 Mio. €) - **verzeichneten die bremischen Haushalte einen Zuwachs der Primärausgaben** im Vorjahresvergleich **von 0,2 %** bzw. 9 Mio. €

- **Gesamtausgaben**

Die Gesamtausgaben wiesen im Berichtsjahr unbereinigt nur einen Zuwachs von 19 Mio. € (+ 0,4 %) auf. Ausgesprochen günstige Kapitalmarktkonditionen führten trotz steigendem Schuldenstand zu Zinsminderausgaben von 61 Mio. € zum Vorjahreswert.

Vergleiche mit den Haushalten andere **Bundesländer** sind aktuell noch nicht möglich.

Im Einzelnen wurde das vorläufige Kernhaushalts-Jahresergebnis des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** 2011 durch folgende Entwicklungen geprägt:

L + G Bremen: vorläufiges Jahresergebnis

(in Mio. €)

	IST 2011	Anschlag	Differenz		14. Monat 2010	Veränderung ggü. Vorjahr	
			IST ggü. Anschlag			Mio. €	in %
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
1. Steuerabhängige Einnahmen	2.939	2.604	+ 335	+ 13	2.515	+ 424	+ 16,9
1.1 Steuern	2.203	2.017	+ 186	+ 9	1.942	+ 260	+ 13,4
1.1.1 Lohn- und Einkommensteuer	704	703	+ 1	+ 0	696	+ 8	+ 1,2
1.1.2 (Einfuhr-)Umsatzsteuer	678	610	+ 68	+ 11	611	+ 67	+ 11,0
1.1.3 Körperschaftsteuer	92	53	+ 39	+ 73	32	+ 60	+ 186,3
1.1.4 Gewerbesteuer 5)	360	308	+ 52	+ 17	274	+ 87	+ 31,6
1.1.5 Sonstige	369	343	+ 27	+ 8	330	+ 39	+ 11,9
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	508	381	+ 127	+ 33	370	+ 138	+ 37,3
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	228	206	+ 22	+ 11	203	+ 25	+ 12,5
1.3.1 Sonderbedarfs-BEZ	60	60	+ 0	+ 0	60	+ 0	+ 0,0
1.3.2 Fehlbetrags-BEZ	168	146	+ 22	+ 15	142	+ 25	+ 17,7
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	554	496	+ 59	+ 12	511	+ 43	+ 8,4
2.1 Sozialleistungseinnahmen	114	91	+ 23	+ 26	85	+ 29	+ 34,0
3. Investive Einnahmen	114	89	+ 25	+ 28	166	- 52	- 31,2
3.1 Vermögensveräußerungen	1	0	+ 1	---	0	+ 1	---
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.608	3.189	+ 418	+ 13	3.193	+ 415	+ 13,0
Primäreinnahmen	3.606	3.189	+ 417	+ 13	3.192	+ 414	+ 13,0
4. Personalausgaben	1.161	1.164	- 3	- 0	1.140	+ 21	+ 1,9
5. Sozialleistungsausgaben	692	680	+ 12	+ 2	666	+ 26	+ 3,9
6. Sonstige konsumtive Ausgaben	1.395	1.345	+ 50	+ 4	1.320	+ 75	+ 5,7
7. Investitionsausgaben	484	464	+ 20	+ 4	494	- 10	- 2,0
8. Zinsausgaben	575	623	- 48	- 8	642	- 67	- 10,4
II. BEREINIGTE AUSGABEN	4.307	4.276	+ 31	+ 1	4.261	+ 46	+ 1,1
Primärausgaben	3.732	3.653	+ 79	+ 2	3.619	+ 113	+ 3,1
Konsumtive Ausgaben	3.823	3.812	+ 11	+ 0	3.767	+ 56	+ 1,5
Konsumtive Primärausgaben	3.248	3.189	+ 59	+ 2	3.126	+ 123	+ 3,9
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	0	0			0		
III. FINANZIERUNGSSALDO	-699	-1.087	+ 388	- 36	-1.068	+ 369	- 34,6
Primärsaldo	-126	- 464	+ 338	- 73	-427	+ 301	- 70,5
Konsumtiver Primärsaldo	243	- 89	+ 333	- 373	-100	+ 343	- 344,5
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-330	-712	+ 382	- 54	-741	+ 411	- 55,5
Investiver Finanzierungssaldo	-369	- 375	+ 6	- 1	-327	- 42	+ 12,9
Deckungsquote (I / II)	83,8	74,6	----	----	74,9	----	----
Primärdeckungsquote	96,6	87,3	----	----	88,2	----	----
Zins-Steuerquote (8 / 1)	19,6	23,9	----	----	25,5	----	----
Investitionsquote (7 / II)	11,2	10,9	----	----	11,6	----	----
Föko-relevante Bereinigungen							
Anstalt Versorgungsvorsorge					-38		
Finanzielle Transaktionen	3	6	- 3	----	-6	+ 9	----
Tilgungseinnahmen BKF	43	54	- 10	----	-87	+ 130	----
Bereinigung (Steuern, LFA, BEZ, KFA)	-189	132	- 322	----	103	- 293	----
IV. STRUKTURELLER SALDO	-842	-895	+ 53		-1.096	+ 253	
Struktureller Saldo gemäß Abbaupfad	-983						
Über-/Unterschreitung	141						

Vorläufiges Jahresergebnis 2011

Stadtstaat Bremen

Kennzahl	L+G Bremen	Bremer- haven	IST 2011	Anschlag 2011	Differenz IST ggü. Anschlag	14. Monat 2010	Veränderung ggü. Vorjahr	
							Mio. Euro	in %
KERNHAUSHALT								
Steuerabhängige Einnahmen	2.939	173	3.034	2.692	+ 342	2.600	+ 434	+ 17
- Steuern	2.203	95	2.298	2.105	+ 193	2.027	+ 271	+ 13
- Länderfinanzausgleich (LFA)	508		508	381	+ 127	370	+ 138	+ 37
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	228		228	206	+ 22	203	+ 25	+ 12
- Schlüsselzuweisungen		77						
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung		77						
Sonstige konsumtive Einnahmen	554	291	604	540	+ 64	555	+ 48	+ 9
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	3	238						
Investive Einnahmen	114	18	112	86	+ 26	163	- 51	- 31
- Vermögensveräußerungen	1	0	2	0	+ 2	0	+ 1	+ 726
- Sonstige	113	18	111	86	+ 24	163	- 52	- 32
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	4	17						
Bereinigte Einnahmen	3.608	481	3.750	3.318	+ 432	3.318	+ 432	+ 13
Primäreinnahmen	3.606	481	3.748	3.318	+ 430	3.318	+ 430	+ 13
Personalausgaben	1.161	236	1.397	1.406	- 9	1.371	+ 26	+ 2
Sozialleistungsausgaben	692	143	770	764	+ 6	748	+ 22	+ 3
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	65							
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.395	97	1.238	1.193	+ 45	1.180	+ 58	+ 5
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	250	3						
Investitionsausgaben	484	55	519	491	+ 28	545	- 26	- 5
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	16	4						
Zinsausgaben	575	55	629	679	- 50	690	- 61	- 9
Bereingte Ausgaben	4.307	586	4.554	4.533	+ 21	4.535	+ 19	+ 0
Primärausgaben	3.732	531	3.925	3.854	+ 70	3.845	+ 80	+ 2
Finanzierungssaldo	-699	-105	-804	-1.215	+ 411	-1.217	+ 412	- 34
Primärsaldo	-126	-50	-176	-536	+ 360	-527	+ 350	- 66
Konsumtiver Primärsaldo	245	-13	232	-131	+ 364	-144	+ 376	- 261
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-330	-68	-397	-810	+ 413	-834	+ 437	- 52
Investiver Finanzierungssaldo	-369	-37	-407	-405	- 2	-382	- 25	+ 7
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	0	0	1	0	+ 1	1	- 1	---
Finanzierungssaldo (inkl. Verrechn.)	-699	-105	-804	-1.215	+ 411	-1.215	+ 412	- 34
nachrichtl.: Nettokreditaufnahme (Kreditmarkt)	431	44	476	1.019	- 543	1.163	- 688	- 59
FÖKO-RELEVANTER HAUSHALT								
Finanzielle Transaktionen	3	-1	2	5	- 3	-5	+ 7	---
Tilgungseinnahmen BKF	43	11	55	65	- 10	-74	+ 129	---
Bereinigung (Steuern, LFA und BEZ)	-198	-8	-197	145	- 342	114	- 311	---
- periodengerechte Bereinigung 1)	---	---	---	118	---	106	---	---
- Konjunkturkomponente ex post	---	---	---	---	---	9	---	---
Konjunkturkomponente ex ante	---	---	---	27	---	84	---	---
Abweichungskomponente	---	---	---	---	---	-75	---	---
IST-Plan-Abweichung Schlüsselzuw. an Brhv	9	---	---	---	---	---	---	---
Struktureller Finanzierungssaldo 2)	-842	-102	-944	-1.000	+ 56	-1.219	+ 275	- 23
Saldo gemäß Konsolidierungspfad	-983	-114	-1.097	-1.097				
Über-/Unterschreitung	141	12	153	97	+ 56			

1) Anschlag 2011: Differenz zwischen Regionalisierung (Anspruch) zuzüglich der nicht in der Schätzung berücksichtigten Gemeindesteuern ggü. Anschlag (Erwartungen im Haushaltsjahr)
2) 14 Monat 2010: Inklusive 38,2 Mio. € Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (ab 2011 im Kernhaushalt)

3. Einnahmen (L + G Bremen)

Steuerabhängige Einnahmen

Die kassenmäßigen **Finanzausgleichseinnahmen** im engeren Sinne waren auch 2011 wieder von hohen nicht periodengerechten Zahlungen geprägt. So wurden im März 58 Mio. € Finanzausgleichseinnahmen kassenwirksam, die Bremen für den Haushalt 2010 zu wenig überwiesen bekommen hatte. Die Abrechnung für das 4. Quartal 2011 wird hingegen erst 2012 kassenwirksam. Da der bremische Anspruch für dieses Quartal nach vorläufiger Abrechnung + 66 Mio. € beträgt, gleichen sich im Berichtsjahr die Verschiebungen - und somit die Differenz zwischen Einnahmen und vorläufigem Anspruch - bei Einnahmen von 508 Mio. € bis auf 8 Mio. € aus.

Die **Steuereinnahmen** betragen im Land und der Stadtgemeinde Bremen insgesamt 2.203 Mio. €. Damit konnte der entsprechende Wert des noch deutlich von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Vorjahres um 260 Mio. € bzw. 13 % übertroffen werden. Zum Zeitpunkt der Anschlagbildung wurde noch von einem wesentlich langsameren Aufholprozess ausgegangen (+ 4 % ggü. Vorjahr), so dass auch der Anschlagswert um 183 Mio. € überschritten wurde. Beachtlich ist, dass sogar die in der November-Steuerschätzung 2011 für Bremen hochgerechneten Steuereinnahmen im tatsächlichen Ist um 78 Mio. € übertroffen wurden.

Abbildung 1 verdeutlicht für das Land und die Stadtgemeinde Bremen die Entwicklung der einzelnen Steuerarten inklusive des Finanzausgleichs. Die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich verzeichneten zum Vorjahr einen Zuwachs von 138 Mio. €. Inklusive der Bundesergänzungszuweisungen wurde der Vorjahreswert um 163 Mio. € übertroffen. Aber auch die originären Steuern verzeichneten bis auf die Veranlagte Einkommensteuer, die mit 36 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert zurückblieb, und der Zinsabschlagsteuer (- 3 Mio. €) durchgehend höhere Einnahmen als noch 2010.

Besonders positiv fiel die Vorjahresentwicklung bei der **Gewerbsteuer** aus, die nach zwei schwachen Jahren einen Zuwachs zum Vorjahr von 31 % (87 Mio. €) verzeichnete. Mit insgesamt 360 Mio. € konnten bei dieser Steuer nach 2008 die zweithöchsten Einnahmen erreicht werden.

Die mit + 67 Mio. € zweitbeste absolute Entwicklung gegenüber dem Vorjahr wies die **(Einfuhr-) Umsatzsteuer** auf, die 2011 zudem einen neuen Höchststand verzeichnete. Aufgrund der kontinuierlichen Zuwachsraten der letzten sechs Jahre (insgesamt + 190 Mio. €) hat die (Einfuhr-)Umsatzsteuer vor drei Jahren in den bremischen Haushalten sogar die Lohnsteuer als größte Steuerart abgelöst. Auch die **Lohnsteuer** als dritte bedeutende Steuerart verzeichnete mit + 45 Mio. € eine positive Entwicklung, obwohl der langjährige Mittelwert seit 1992 noch immer nicht erreicht werden konnte.

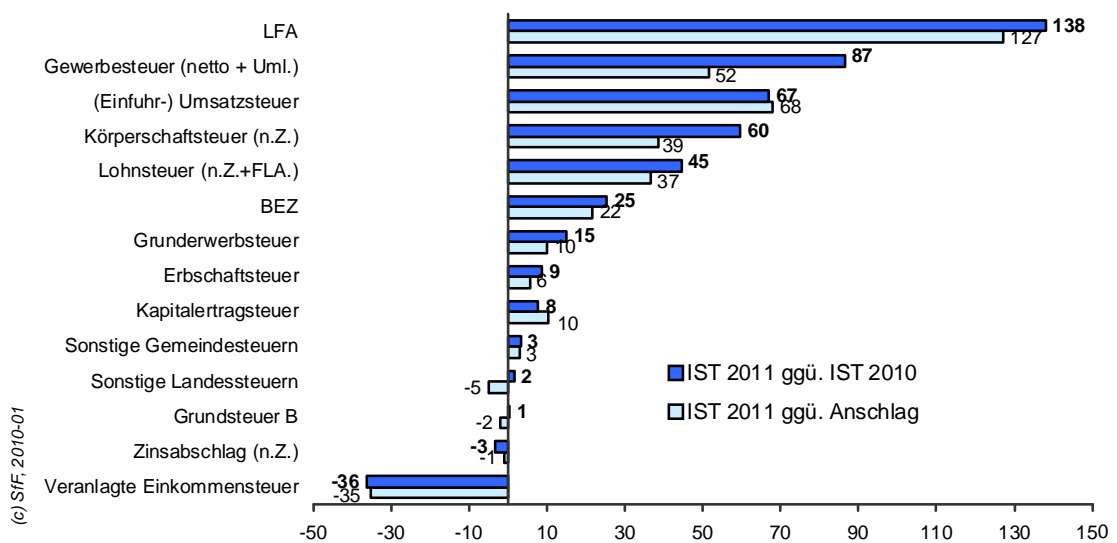
Die vierte für die sehr gute Gesamtsteuerentwicklung verantwortliche Steuerart ist die **Körperschaftsteuer**, die den Vorjahreswert von 32 Mio. € um beachtliche 186 % übertraf. Ein kontinuierlicher Trend zu mehr Körperschaftsteuer-Einnahmen kann aus der aktuellen Entwicklung jedoch nicht herausgelesen werden, da es bei keiner anderen Steuerart seit Ende der neunziger Jahre vergleichbar große Einnahme-

Schwankungen gab. So konnten aktuell mit einem Einnahmenniveau von 92 Mio. € auch nur sechs der letzten fünfzehn Jahreswerte übertroffen werden.

Die Einnahmen aus der **Veranlagten Einkommensteuer** lagen gegen den Trend der übrigen Steuerarten mit - 36 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert. Auch das Einnahmenniveau der Jahre 2008 und 2009 konnte 2011 nicht erreicht werden.

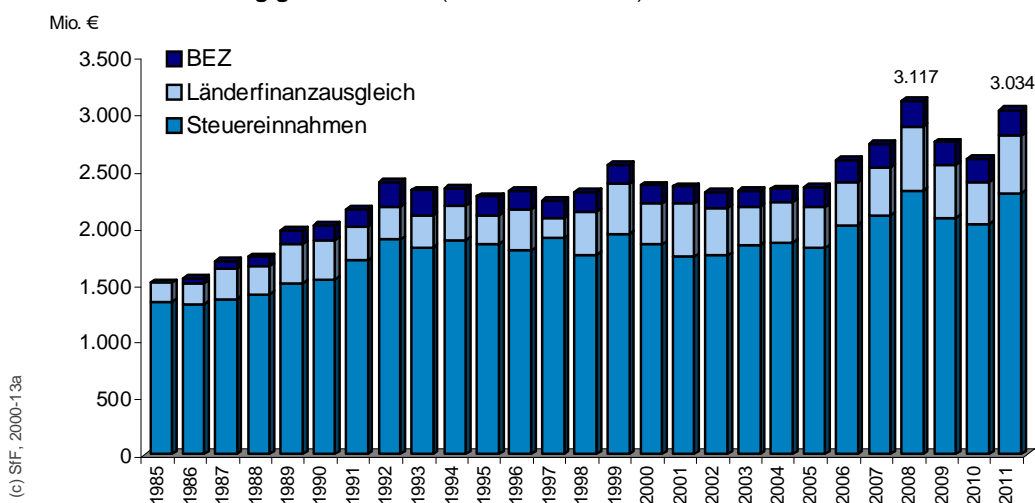
Abb. 1: Veränderung der steuerabhängigen Einnahmen

(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



Der längerfristige Vergleich der Steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Haushalte (**Abbildung 2**) verdeutlicht den kontinuierlichen Zuwachs der Steuereinnahmen nach Finanzausgleich bis 1992, das nahezu gleichbleibende Steuerniveau über die nächsten 13 Jahre, die außerordentlich positive Entwicklung 2005 – 2008 sowie die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010. 2011 wurde – trotz des unerwartet schnellen Aufholprozesses - das Gesamtniveau der steuerabhängigen Einnahmen von 2008 noch nicht wieder vollständig erreicht (- 83 Mio. €).

Abb. 2: Steuerabhängige Einnahmen (Stadtstaat Bremen)



Sonstige Einnahmen

Bei den nicht-steuerabhängigen Einnahmen war im Vorjahresvergleich ein Rückgang von 9 Mio. € zu verzeichnen. Die betragsmäßig bedeutsamsten Veränderungen zum Vorjahr beruhen dabei auf Sonder- und Einmaleffekten, die sich jedoch teilweise wieder ausglich. So wurden über das Bildungs- und Teilhabepaket Mehreinnahmen von 29 Mio. € erzielt. Zudem wurden höhere Drittmittel vom Bund aufgrund des Hochschulpakts 2020 vereinnahmt, die in gleicher Höhe auch wieder ausgabewirksam wurden. Dem gegenüber stehen 41 Mio. € Mindereinnahmen, die im Rahmen des im letzten Jahr abgeschlossenen Konjunkturprogramms II weniger vom Bund überwiesen wurden.

Bereinigt um diese Sonder- und Einmaleffekte betrug der Rückgang der nicht-steuerabhängigen Einnahmen im Vorjahresvergleich ca. 16 Mio. €

Positive Abweichungen gegenüber dem Vorjahr verzeichneten dabei ohne die drei Sondereffekte insbesondere folgende Haushaltspositionen (**Abbildung 3**):

- Gewinne aus Beteiligungen (+ 8 Mio. €),
- Gebühren etc. (+ 7 Mio. €),
- Geldstrafen und Geldbußen (+ 4 Mio. €) sowie
- Mieten und Pachten (+ 3 Mio. €).

Dem stehen insbesondere folgende Mindereinnahmen gegenüber:

- Einnahmen von der EU (konsumtiv: - 20 Mio. €, investiv: - 7 Mio. €),
- Darlehensrückflüsse (- 10 Mio. €; "Finanzielle Transaktion") sowie
- Einnahmen vom Bund aufgrund des Generalplans Küstenschutz (- 4 Mio. €)

Abb. 3: Veränderung der sonstigen Einnahmen 2011 gegenüber 2010 (L+G Bremen; in Mio. €)

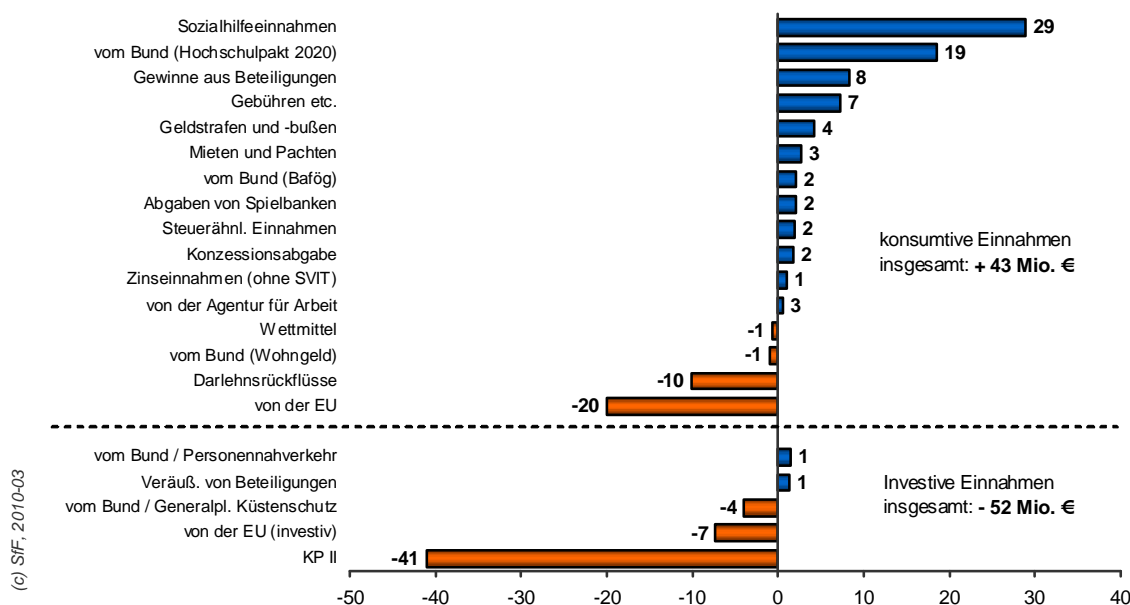
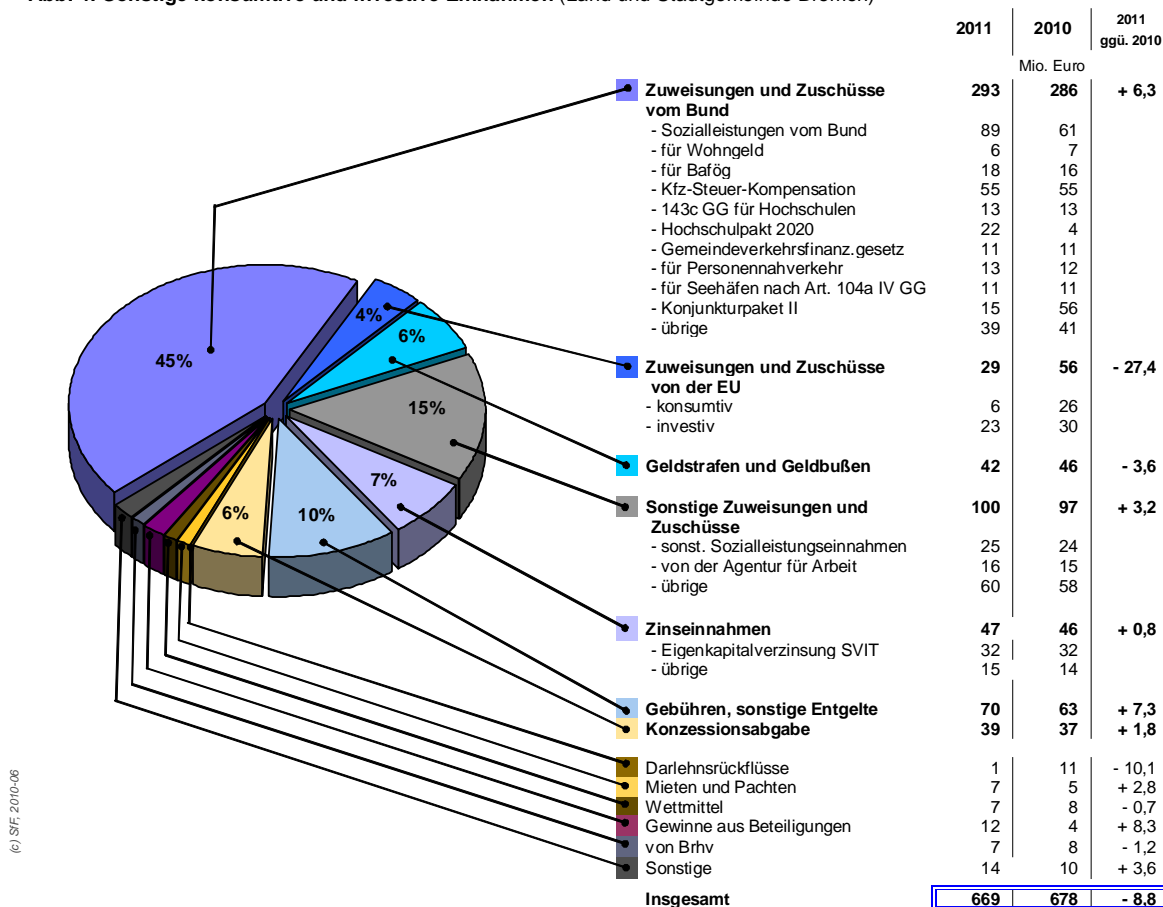


Abbildung 4 verdeutlicht das Größenverhältnis der nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich:

Die sonstigen Einnahmen werden – ähnlich wie schon in den Vorjahren - durch Zuschüsse und Zuweisungen vom Bund geprägt (45 %). Zusammen mit den im Vorjahresvergleich stark reduzierten Zuschüssen von der EU bilden sie fast die Hälfte, inklusive der sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen (von Sozialversicherungsträgern, Agentur für Arbeit etc.) sogar 63 % aller nicht-steuerabhängigen Einnahmen.

Die nächst größeren Einnahmepositionen sind die Gebühren und Entgelte (10 %), die Zinseinnahmen (inkl. Eigenkapitalverzinsung SVIT; 7 %), die Geldstrafen und Geldbußen (6 %) sowie die Konzessionsabgabe (6 %). Alle übrigen Einnahmen bilden zusammen einen Anteil von 7 % der nicht-steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Abb. 4: Sonstige konsumtive und investive Einnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen)



(c) SF, 2010-08

4. Ausgaben (L + G Bremen)

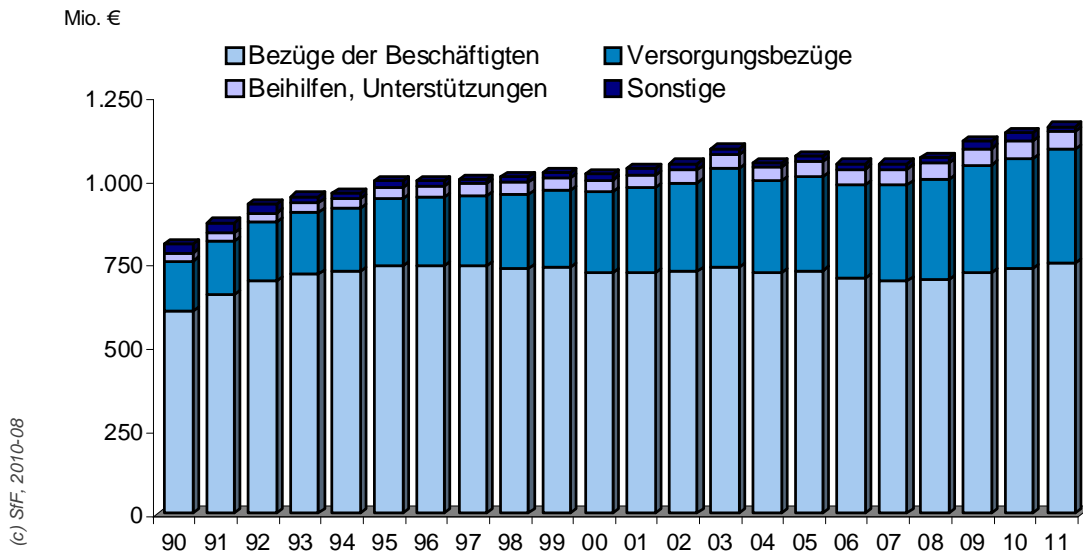
Personalausgaben

Die Personalausgaben in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betragen im Berichtsjahr 1.160 Mio. €. Der veranschlagte Wert wurde damit geringfügig unterschritten (- 3 Mio. €). Gegenüber dem Jahresabschluss 2010 stiegen die Personalausgaben um 21 Mio. €, wobei – wie in den Vorjahren – die Versorgungsbezüge mit + 2,7 % eine höhere Zuwachsrate aufwiesen als die Bezüge der aktiv Beschäftigten (+ 2,4 %).

Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben nach Arten in den letzten zwanzig Jahren. Dabei wird deutlich, dass die Aktivenbezüge in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aufgrund von Ausgliederungseffekten und insbesondere aufgrund einer konsequenten Steuerung des Beschäftigungsvolumens

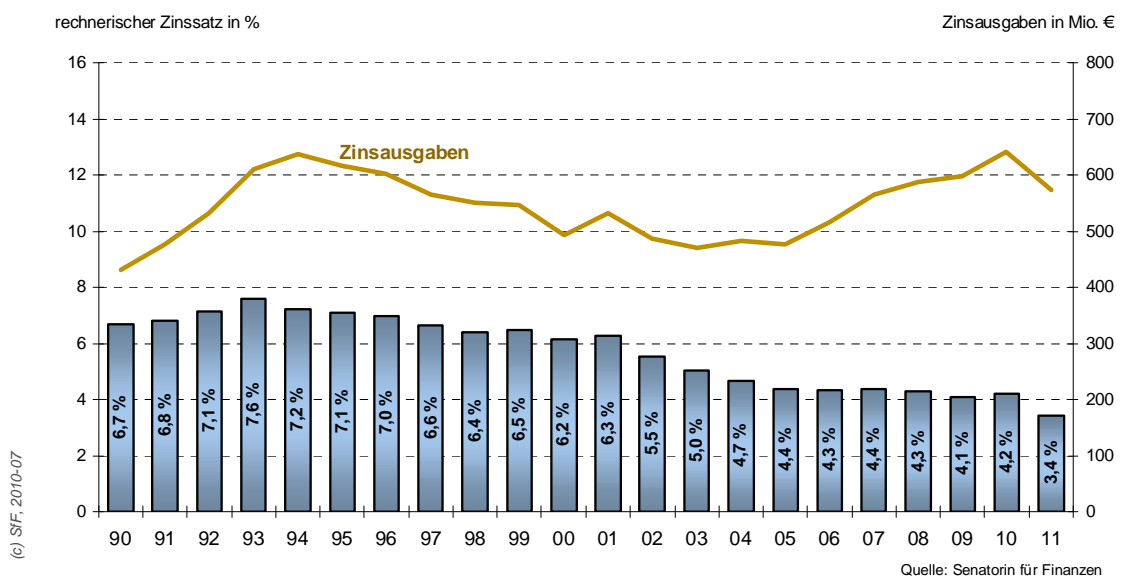
seit Mitte der neunziger Jahre kaum gestiegen sind. Dementsprechend und aufgrund der kontinuierlich steigenden Versorgungsleistungen ist der Anteil der Aktivenbezüge an den gesamten Personalausgaben in den letzten zwanzig Jahren von 75 % auf 64 % gesunken.

Abb. 5: Personalausgaben nach Arten (Land und Stadtgemeinde Bremen)



Zinsausgaben

Abb. 6: Zinsausgaben und rechnerischer Zinssatz (Land und Stadtgemeinde) *



* rechnerischer Zinssatz: Berechnet über die Zinsausgaben des lfd. Jahres und den Schuldenstand am Ende des Vorjahres

Die Zinsausgaben sind - trotz zinssichernder Geschäfte, um das aktuell günstige Zinsniveau auch für die nächsten Jahre zu nutzen – aufgrund der sehr guten Kapitalmarktkonditionen im Vorjahresvergleich um 67 Mio. € auf den **niedrigsten Stand der letzten vier Jahre** gesunken und betragen 575 Mio. €.

Abbildung 6 zeigt, dass im Berichtsjahr mit 3,4 % die konstant niedrigen rechnerischen Zinssätze (Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres) der letzten sechs Jahre noch deutlich unterboten wurden.

Sonstige konsumtive Ausgaben

Insgesamt stiegen die sonstigen konsumtiven Ausgaben (ohne Sozialleistungen) im Vorjahresvergleich unbereinigt um 5,7 % bzw. 75 Mio. € an. **Abbildung 7** zeigt, dass ein Großteil des Anstiegs auf die Umstellung der Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge zurückzuführen ist, die nunmehr keinen Besonderen Finanzierungsvorgang mehr darstellt. Zudem gab es - insbesondere mit der Weiterleitung der Mittel vom Bund aufgrund des Hochschulpakts 2020 (+ 17 Mio. €) und der mit den Steuermehreinnahmen korrespondierenden Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven (+ 12 Mio. €) Mehrausgaben, die mit Mehreinnahmen korrespondierten. Um diese drei Sonderfälle bereinigt, stiegen die sonstigen konsumtiven Ausgaben 2011 im Vorjahresvergleich - bei einer Inflationsrate von 2,3 % - um 1,1 % (14 Mio. €) an.

Abb. 7: Veränderung der konsumtiven Ausgaben 2011 ggü. 2010 (L + G Bremen; in Mio. €)

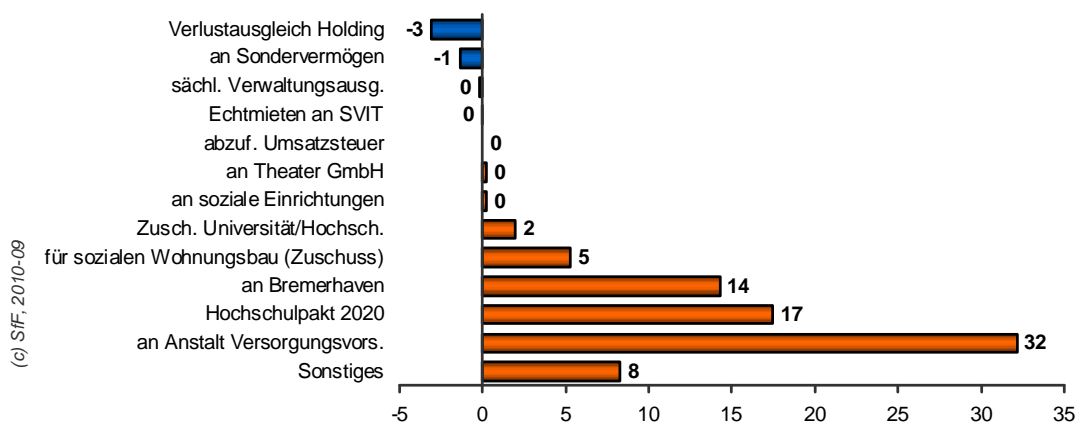
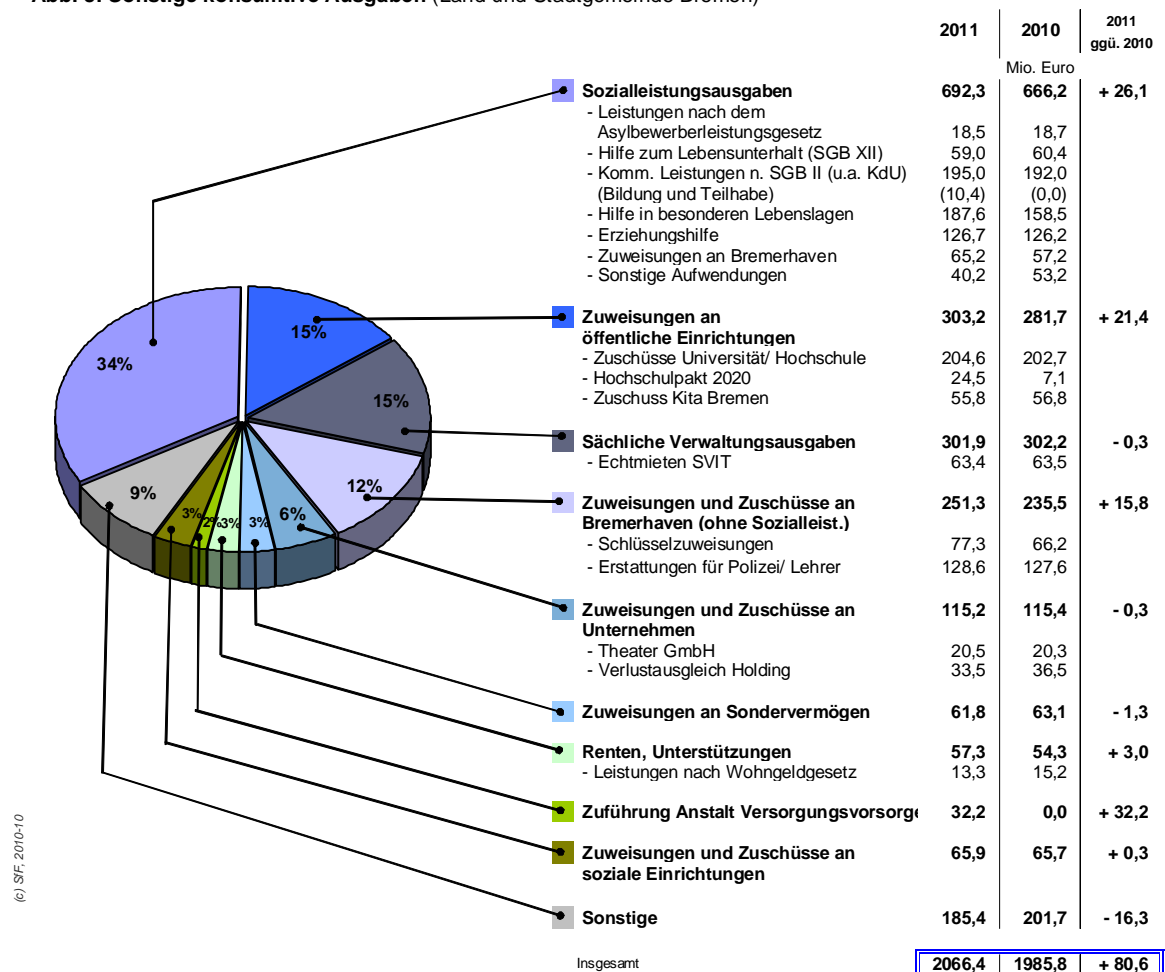


Abbildung 8 verdeutlicht das Größenverhältnis der konsumtiven Sachausgaben untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich: Dabei steigt der Anteil der Sozialleistungsausgaben an den gesamten konsumtiven Sachausgaben weiter an. **Insgesamt sind inzwischen ein Drittel der konsumtiven Sachausgaben für Sozialleistungen aufzuwenden.** Innerhalb der Sozialleistungs-Mehrausgaben hat es Neuzuordnungen und dementsprechend Kennungsänderungen gegeben, die den jeweiligen Vorjahresvergleich insbesondere bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen (Hilfe zur Pflege) und den sonstigen Sozialleistungen erheblich verzerren, so dass erst ab dem Haushalt 2012 wieder ein konsistenter Vorjahresvergleich bei diesen Hilfearten

möglich ist. Zudem wurde das Bildungs- und Teilhabepaket 2011 erstmalig einnahme- und ausgabeseitig kassenwirksam. Festzustellen ist, dass die Sozialleistungs-Mehrausgaben im Vorjahresvergleich mit + 26 Mio. € geringer als die entsprechenden Mehreinnahmen (+ 29 Mio. €) ausfielen.

Die nächst größeren laufenden Ausgabenpositionen sind mit jeweils 15 % die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, die insbesondere die Hochschulen sowie die Kita Bremen betreffen und inhaltlich eher Personalkostenzuschüsse darstellen, die sächlichen Verwaltungsausgaben sowie die Zuschüsse und Zuweisungen an Bremerhaven (ohne Sozialleistungen 12 %).

Abb. 8: Sonstige konsumtive Ausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen)



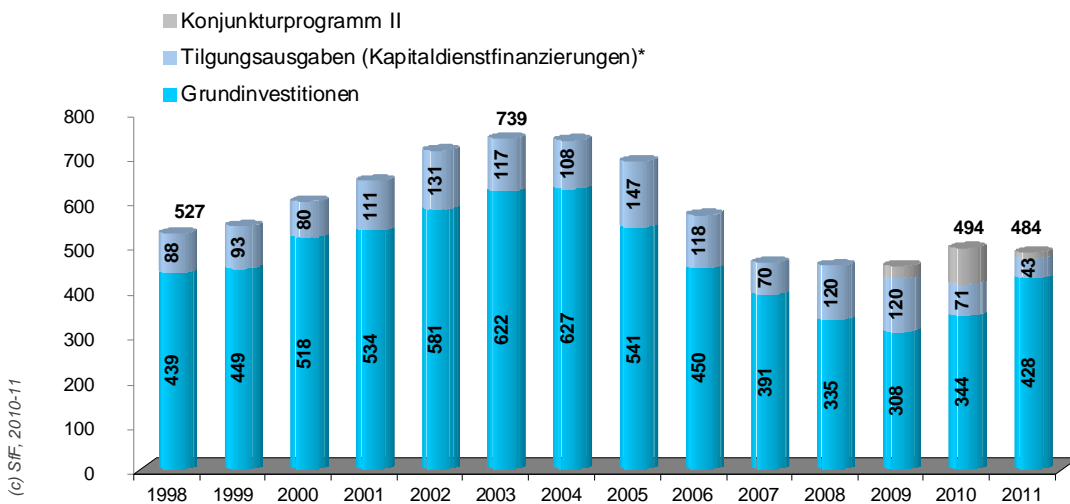
Investitionsausgaben

Abbildung 9 zeigt die mit Auslaufen der Sonderprogramme kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus im Zeitraum 2003 / 2007, die Konstanzhaltung bis 2009 und den leichten Anstieg 2010. Im Berichtsjahr sanken die

Investitionsausgaben im Vorjahresvergleich um 10 Mio. € auf insgesamt 484 Mio. € Zu beachten ist allerdings, dass sowohl das Vorjahr als auch das Berichtsjahr von **erheblichen Sondereffekten** beeinflusst waren.

- Der Hauptteil der Ausgaben des 2009 veranschlagten Konjunkturpaketes II wurde im Jahr 2010 kassenwirksam, so dass der Vorjahresvergleich über diesen Sondereffekt um 66 Mio. € beeinflusst wurde.
- Bei den Tilgungsausgaben für Vorfinanzierungen der Vergangenheit wurden im Gegensatz zu 2010 im Berichtsjahr nur die unter Föko-Gesichtspunkten neutralen Tilgungsausgaben – und somit die bei der Gruppe 334 des Bremer Kapitaldienstfonds vereinnahmten Tilgungsausgaben des Kernhaushalts – berücksichtigt. Diese verzeichneten mit 43 Mio. € einen um 28 Mio. € niedrigeren Wert als die in der Abbildung 9 berücksichtigten Tilgungsausgaben des Vorjahres.
- Zudem wurden im Berichtsjahr den bremischen Sondervermögen die Kreditermächtigung entzogen, so dass eine Finanzierung von Investitionsmaßnahmen außerhalb des Kernhaushaltes nicht mehr möglich war. Die 2010 nicht durch Zuführungen aus dem Kernhaushalt finanzierten Investitionsmaßnahmen beliefen sich auf 87 Mio. €.

Abb. 9: Investitionsausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)



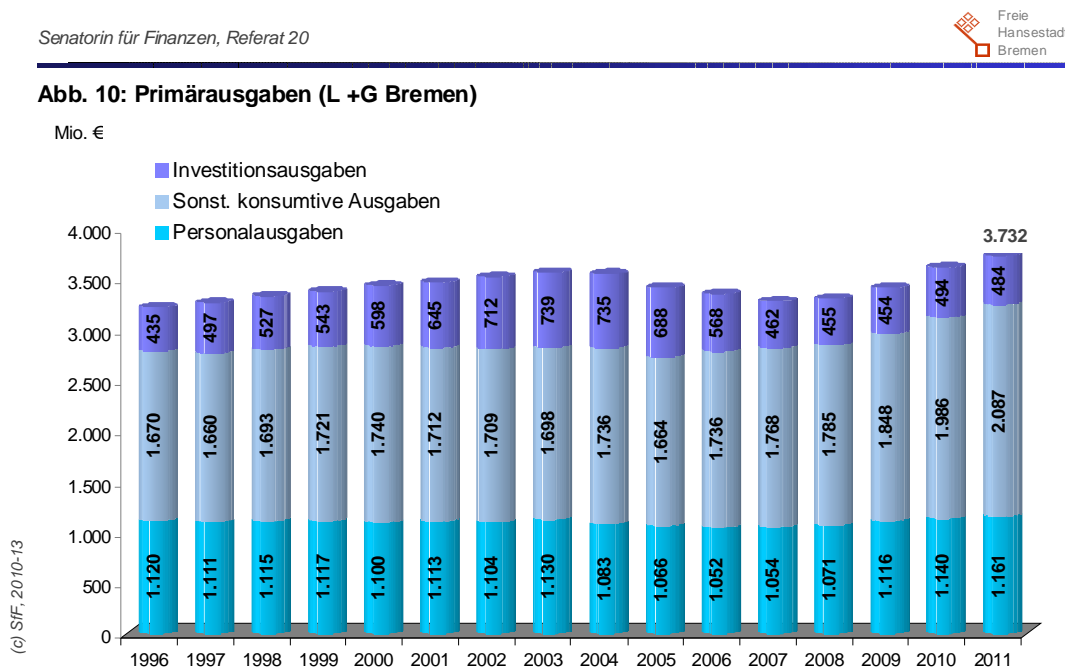
* ab 2011: Nur die unter Föko-Gesichtspunkten neutralen Tilgungsausgaben (BKF Gruppe 334)

Primärausgaben

Ohne Berücksichtigung von Sondereffekten stiegen die Primärausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zum Vorjahr um 113 Mio. € bzw. 3,1 %.

Bei einem leichten Rückgang der Investitionen wiesen dabei die konsumtiven Primärausgaben im Vorjahresvergleich einen Zuwachs um 123 Mio. € auf. Neben dem unterplanmäßigen Anstieg der Personalausgaben (+ 21 Mio. €) sowie dem Anstieg der Sozialleistungsausgaben (+ 26 Mio. €) - der noch unterhalb der Sozialleistungs-Mehreinnahmen (+ 29 Mio. €) lag - verzeichneten mit + 75 Mio. € insbesondere die sonstigen konsumtiven Ausgaben einen hohen Zuwachs. Wie schon beschrieben verzerrten in diesem Bereich jedoch insbesondere drei Sondereffekte (Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge, Hochschulpakt 2020 und Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven) den Vorjahresvergleich. **Um alle Sonderfälle bereinigt, stiegen die Primärausgaben 2011 im Vorjahresvergleich somit um lediglich 0,5 % (17 Mio. €) an.**

Abbildung 10 dokumentiert die unbereinigten Primärausgaben des Stadtstaates seit 1996. Sie zeigt den An- und Abstieg des Investitionsausgabenniveaus, die selbst nominal fast konstanten Personalausgaben sowie den unbereinigten Anstieg der konsumtiven Ausgaben in den letzten Jahren.

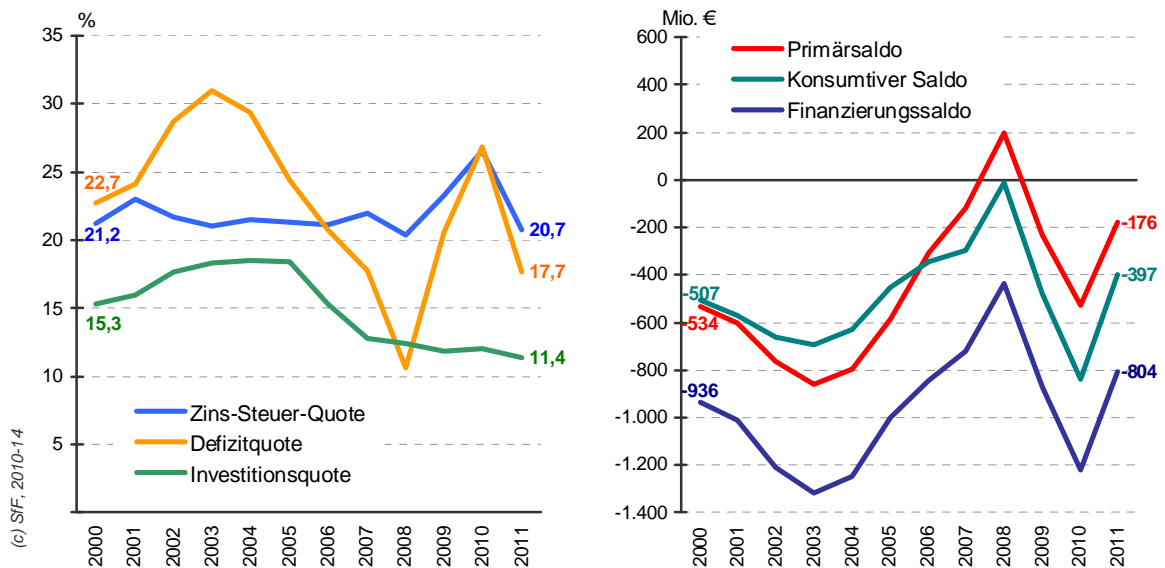


5. Salden / Quoten (Stadtstaat)

Die beschriebenen Sonder- und Einmaleffekte in den bremischen Haushalten 2011 gehen auch in die Berechnungen der in **Abbildung 11** aufgeführten Quoten ein. Bei

der Saldenbetrachtung sind einige der Sondereffekte hingegen neutral. Zu beachten ist zudem, dass der nachfolgend ausgewiesene Finanzierungssaldo nicht der maßgebliche Wert des strukturellen Defizits ist, der gemäß den Beschlüssen der Föderalismuskommission II in zehn gleich großen Schritten bis 2020 auf Null gebracht werden muss (siehe Seite 1).

Abb. 11: Quoten und Salden (Stadtstaat Bremen)



Die Darstellung der Quoten dokumentiert die ungewöhnlich hohen Schwankungen bei der Defizitquote im Zeitraum 2000 / 2011. So verzeichneten die bremischen Haushalte 2003 mit fast 31 % noch die historisch höchste Defizitquote, während fünf Jahre später der höchste Deckungsgrad der Ausgaben in den letzten 22 Jahre erreicht wurde (Defizitquote 11 %). Aktuell wird mit ca. 18 % dieser für Bremen sehr positive Wert von 2008 zwar deutlich überschritten. Der Mittelwert der letzten zehn Jahre (23 %) wird jedoch fast ebenso deutlich unterschritten.

Bei dem Anteil der Zinsausgaben an den steuerabhängigen Einnahmen (Zins-Steuer-Quote) konnte nach einem starken Anstieg in den Jahren 2009 und 2010 – bei Erhöhung der steuerabhängigen Einnahmen um 17 % und Reduzierung der Zinsausgaben um 9 % im Vorjahresvergleich – wieder der seit 2000 in fast allen Jahren erzielte Wert von ca. 21 % erreicht werden.

Die unbereinigte Investitionsquote der bremischen Haushalte sinkt – auch aufgrund des auslaufenden Konjunkturprogramms II - weiter und erreichte 2011 mit 11,4 % den niedrigsten Stand der letzten fünfzehn Jahre.

Bei der Entwicklung der Salden im Zeitraum 2000 - 2010 ist die für Bremen außergewöhnlich positive Steuerentwicklung 2004 – 2008, die anschließende Wirtschaftskrise sowie die spürbare Erholung 2011 ablesbar. Trotz der unerwartet guten Steuerentwicklung im Berichtsjahr wiesen die bremischen Haushalte bei allen dargestellten

Salden nicht nur negativere Werte als im Jahr 2008 auf. Auch die jeweiligen Salden des Jahres 2007 konnten noch nicht wieder erreicht werden.

6. Schulden

Mit einer **Neuverschuldung von 666 Mio. €** stieg der fundierte **Schuldenstand** des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen im Berichtsjahr auf **18,4 Mrd. €**. Der Schuldenstand der Sondervermögen wurde dabei erstmals seit Gründung des Bremer Kapitaldienstfonds (2000) und der übrigen Sondervermögen (ab 2003) um insgesamt 43 Mio. € auf 1.152 Mio. € reduziert. Da keine Kreditermächtigung für Sondervermögen mehr besteht, ist der Schuldenstand 2010 mit knapp unter 1,2 Mrd. € als Schulden-Höchststand im Bereich der Sondervermögen anzusehen.

Schulden der bremischen Haushalte (inkl. Sondervermögen)				
	31.12.10	31.12.11	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgemeinde Bremen	16.679	17.234	555	3,3
- Land Bremen	9.572	9.767	195	2,0
- Stadt Bremen	5.912	6.316	404	6,8
- Sondervermögen (L+G Bremen)	1.195	1.152	-43	-3,6
Stadt Bremerhaven	1.009	1.119	110	11,0
Stadtstaat Bremen	17.688	18.353	666	3,8

Den im Verhältnis zum Vorjahresstand höchsten Anstieg der Schulden im Kernhaushalt verzeichnete mit 11 % die Stadt Bremerhaven. Die Stadt Bremen folgt mit 7 %, während das Land Bremen 2011 einen moderaten Anstieg von 2 % aufwies. Damit setzt sich der längerfristige Trend fort, dass die im Ländervergleich weit überproportionale Schuldenproblematik des Stadtstaates Bremen insbesondere auf kommunaler Ebene verursacht wird. So betrug nach der zweiten Entschuldung Bremerhavens 1993 der Anteil der kommunalen Schulden an den gesamten Schulden des Kernhaushalts des Stadtstaates nur 9 %. Zehn Jahre später betrug dieser Anteil schon 37 %, während 2011 der kommunale Schuldenanteil auf 43 % gestiegen ist.

7. Konsolidierungskurs

Sowohl das Land und die Stadtgemeinde Bremen als auch Bremerhaven haben im ersten Jahr des Konsolidierungskurses die **Auflagen eingehalten**, da sie ihre jewei-

ligen strukturellen Finanzierungsdefizite 2010 um mehr als die erforderlichen 10 % senken konnten.

Für des Land und die Stadtgemeinde Bremen hat die Herausrechnung der als Finanzielle Transaktionen geltenden Haushaltspositionen das kamerale Haushaltsdefizit von 699 Mio. € um 3 Mio. € verbessert. Zudem wies der Bremer Kapitaldienstfond über Zuführungen aus dem Kernhaushalt für vorfinanzierte Maßnahmen in der föko-relevanten Abgrenzung einen Überschuss von 43 Mio. € auf, der ebenfalls das strukturelle Defizit der bremischen Haushalte reduzierte.

Trotz dieser Saldo-Verbesserungen liegt das strukturelle Defizit für Land und Stadtgemeinde Bremen insgesamt um 143 Mio. € höher als das Defizit des unbereinigten Kernhaushalts, da die kassenmäßigen Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen wesentlich höher ausfielen, als zum Zeitpunkt der November-Steuerschätzung 2010 für 2011 festgelegt. Nach Einberechnung der erhöhten Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven in Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sind daher über die periodengerechte Bereinigung sowie insbesondere über die Konjunkturbereinigung 189 Mio. € steuerabhängige Einnahmen nicht den strukturellen Einnahmen zuzurechnen.

Insgesamt wiesen das **Land und die Stadtgemeinde 2011** somit bei einem kameralem Kernhaushaltsdefizit von 699 Mio. € ein **strukturelles Defizit von 842 Mio. €** auf. Da bei dem vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Saldos 2011 ein Defizit von maximal 983 Mio. € erlaubt gewesen wäre, haben das Land und die Stadtgemeinde Bremen das strukturelle Defizit im letzten Jahr um 141 Mio. € (14 %) stärker als notwendig reduziert.

Da auch die Stadt Bremerhaven ihr strukturelles Defizit um 25 Mio. € und somit um 12 Mio. € (11 %) stärker als maximal erforderlich reduzieren konnte, verzeichnete der in der Außenwirkung relevante Haushalt des **Stadtstaates Bremen einen strukturellen Finanzierungssaldo von insgesamt - 944 Mio. €** Damit konnte das entsprechende Defizit des Vorjahres um 275 Mio. € gesenkt werden. Auch gegenüber dem Planwert (Anschlag) wurde eine Verbesserung von 56 Mio. € erzielt. Der für den vereinbarten gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits maximal zulässigen Wert von 1.097 wurde um 153 Mio. € unterschritten.